

## Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(8. - öffentliche - Sitzung am 9. Mai 2018)

### Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes und anderer Vorschriften**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/383](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf mit Änderungen (Vorlage 3) anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* -

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des niedersächsischen Datenschutzrechts**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/548](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf mit Änderungen (Vorlage 19) anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU

*Ablehnung:* GRÜNE, FDP, AfD

*Enthaltung:* -

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/420](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf mit Änderungen (Vorlage 8) anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* -

4. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Rechte parlamentarischer Minderheiten in Niedersachsen**  
Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - [Drs. 18/646](#)

- b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Art. 54 Nr. 3 der Niedersächsischen Verfassung**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 18/465](#)

Der - federführende - Ausschuss bat die Landesregierung um eine Stellungnahme zu den Gesetzentwürfen, insbesondere mit Blick auf die Rechtslage auf Bundesebene und in den anderen Bundesländern.

5. **Sichere Gerichte und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/34](#)

Diesen Punkt setzte der Ausschuss aus Zeitgründen von der Tagesordnung ab.

6. **Die Haftentschädigung muss erhöht werden! - Spezielle Betreuungsangebote einführen!**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/151](#)

Diesen Punkt setzte der Ausschuss aus Zeitgründen von der Tagesordnung ab.

7. **Eingabe 2819/17**

Diesen Punkt setzte der Ausschuss aus Zeitgründen von der Tagesordnung ab.